

# Land lehnt Einstieg in Werften ab

23. Juli 2009 | 00:05 Uhr | von Torsten Roth



Der Schiffbau an der Kette: Hunderte Schiffbauer hatten vergangene Woche die Werft in Wismar besetzt und demonstrierten für deren Erhalt. dpa

**Die Rettung der Wadan-Werften hängt am seidenen Faden: Wenige Tage vor der harten Insolvenz blieb die für gestern erwartete Entscheidung über die beiden letzten Schiffbauaufträge erneut aus. Die Hansestadt Wismar sieht in der Verstaatlichung der Schiffbaubetriebe eine letzte Chance. Doch das Land lehnt ab.**

SCHWERIN/WISMAR - Noch ist es nur eine politische Willensbekundung, die bei den Werftarbeitern Hoffnung weckt, die möglicherweise nicht zu erfüllen sind. Das Land sollte "in dieser außergewöhnlichen Situation für einen begrenzten Zeitraum Gesellschafteranteile übernehmen", forderte die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar. Das Stadtparlament folgte damit am Dienstag einem Antrag von Bürgermeisterin Rosemarie Wilcken. "Wismar steht kurz vor dem Kollaps", begründete sie gestern den Verstaatlichungsruf. Nach dem Vulkan-Zusammenbruch hätten Bund und Land 1996 schon einmal Anteile übernommen. Damals wurde mit der Ostsee-Beteiligungsgesellschaft die Zeit der Investorensuche überbrückt. Mit 49 Prozent war MV damals z. B. an MTW Schiffswerft Wismar beteiligt, 51 Prozent hielt die Treuhandnachfolgerin BvS. Allerdings: Mehr als ein Jahrzehnt später sind die Chancen für einen Staatseinstieg gleich Null.

So sprechen sich sowohl die Landesregierung als auch die Fraktionen im Landtag gegen einen Einstieg des Staats in die kurz vor dem Zusammenbruch stehenden Werften aus, ergab eine Umfrage gestern. "Die Frage stellt sich derzeit nicht", erklärte Finanzstaatssekretär Jost Mediger. Die Übernahme von Anteilen an den Wadan-Werften sei "nicht Zielstellung des Landes", fügte ein Sprecher von Wirtschaftsminister Jürgen Seidel (CDU) hinzu.

Trotz der industriepolitischen Bedeutung der Schiffbaubetriebe für MV wehrt sich das Land, nicht kalkulierbare Risiken einzugehen. Das Hauptproblem: ein fehlender Investor, der Arbeit in die Docks bringt. Ein Einstieg des Staates würde das Problem nicht lösen, sagte SPD-Fraktionschef Norbert Nieszery. Das Land sei nicht in der Lage, Aufträge zu beschaffen oder die internationale Akquise voranzutreiben. Ein Einstieg sei am Ende "nicht zielführend", lehnte auch eine Sprecherin der CDU-Fraktion ab.

Zurückhaltung auch bei der FDP: Der Bürgerschaftsbeschluss sei als ein Signal zu verstehen, nichts unversucht zu lassen und nichts auszugrenzen, erklärte FDP-Fraktionschef Michael Roof. Die Politik sei aber gut beraten, den Prozess ruhiger zu begleiten.

Bei den Linken werden Verstaatlichungspläne differenziert gesehen. Während einige Genossen sich dafür erwärmen können, lehnte Fraktionschef Helmut Holter einen Einstieg zum jetzigen Zeitpunkt ab. Das würde die Verhandlungsposition bei der Investorensuche schwächen, meinte er. Allerdings schloss er eine Landesbeteiligung nicht generell aus.

Die Zeit haben die Werftarbeiter in Wismar nicht mehr. Neun Tage vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens blieb eine für gestern erwartete Entscheidung der schwedischen Reederei Stena-Line zur Zukunft der beiden letzten Schiffbauaufträge in Wismar und Warnemünde aus. Die Gespräche würden sich hinziehen, sagte Lars Rosumek, Sprecher des vorläufigen Insolvenzverwalters. Mit einer Entscheidung werde wahrscheinlich nicht mehr diese Woche zu rechnen sein. Die Abnahmegarantie für die beiden RoPax-Fähren zum vereinbarten Preis von 400 Millionen Euro ist Voraussetzung für einen 190-Millionen-Kredit von Bund, Land und Banken. Wismars Bürgermeisterin Wilcken appellierte gestern an Stena, den "Nervenkrieg" zu beenden. Heute kommt erstmals der Gläubigerausschuss zusammen. Die IG Metall erwartet Vorentscheidungen zur finanziellen Ausstattung einer Auffanggesellschaft für die 2400 Beschäftigten.

Bürgermeisterin Wilcken gibt dennoch nicht auf: "Das in Deutschland Banken verstaatlicht werden, hätte zu Jahresbeginn auch keiner geglaubt", erklärte die SPD-Politikerin. "Es ist alles möglich", wehrte sie Kritik an ihrem Verstaatlichungsruf ab. Verliere MV den Schiffbau komme das einer "Katastrophe" gleich. Doch auch wenn die Rettung der Wadan-Werften am seidenen Faden hängt, Wilcken ist sich sicher: "In Wismar werden auch in einem Jahr noch Schiffe gebaut, welche Art auch immer."